

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien:
Der Osten Europas im Prozeß der Differenzierung. Fortschritte und Mißerfolge der Transformation, Jahrbuch 1996/97,
Carl Hanser Verlag München und Wien 1997, 424 S. (49,80 DM)

Rund sieben Jahre, nachdem der gescheiterte Systemwandel in Mittel- und Osteuropa in einen – wie sich inzwischen zeigt – längeren Transformationsprozeß mit dem expliziten Ziel des erfolgreichen Systemwechsels übergegangen ist, hat sich die ursprüngliche, neoliberal und modernisierungstheoretisch inspirierte Selbstsicherheit weitgehend verflüchtigt. Statt der großen Strategieentwürfe mit universellem Anspruch, die ihre direkte Verwandtschaft mit den, einst für die »Dritte Welt« ersonnenen Strukturanpassungsprogrammen von Internationalem Währungsfonds und Weltbank nie verleugnen konnten, hat mittlerweile offenbar überall (wirtschafts)politischer Pragmatismus Einzug gehalten. Auch der große Glaubenskrieg zwischen den Verfechtern gradualistischer Ansätze und den Protagonisten schocktherapeutischer Konzepte hat sich schneller als Scheingefecht entpuppt – von gewissen kleineren, landesspezifischen Arabesken abgesehen wurde in Mittel- und Osteuropa überall »grundsätzlich dasselbe Transformationskonzept verfolgt« (Götz: 258). Die »heilige Dreifaltigkeit« von Privatisierung, Liberalisierung und monetärer Stabilisierung hat sich auf wirtschaftspolitischem Gebiet als genauso alternativlos erwiesen wie der Übergang zur parlamentarischen Konkurrenzdemokratie (mit oder ohne mehr oder weniger autokratischen Präsidenten). Auch in bezug auf andere auffällige Ähnlichkeiten der mittel- und osteuropäischen Transformationsgesellschaften – etwa hinsichtlich der sozial prekären Lage großer Bevölkerungsschichten oder bezüglich der Rekrutierungsformen politischer und wirtschaftlicher Eliten – ist der im Titel des vorliegenden Jahrbuches angesprochene Differenzierungsprozeß wohl eher ein relativer.

Im ersten Teil, der »Gesellschaft und Poli-

tik« gewidmet ist, versucht zunächst *Eberhard Schneider*, ein schlüssiges Paradigma zu Begriffen und theoretischen Konzepten der Transformation zu entwerfen. »Gescheiterter Systemwandel löst Transition aus, die nach einiger Zeit in Transformation übergeht und mit dem Systemwechsel endet« (Schneider: 18). Vor dem Hintergrund dieses Basisprozesses werden dann Demokratiekriterien erörtert und Teilprozesse und Ebenen der Transformation beschrieben. Wie eine Reihe anderer Autoren auch (insbesondere Altmann, Bingen, Ignatow, Oschlies, Simon und Walter), kann es sich Schneider gegen Ende jedoch nicht verkneifen, den Reformern im Osten einige, unübersehbar an den Normen des Westen (der offenbar als alleiniger Maßstab für Transformation gelten darf) ausgerichtete »Empfehlungen« mit auf den steinigten Weg zu geben – nicht zu viele Parteien, vor allem keine Anti-System-Parteien (vgl. Schneider: 20f.) und natürlich einen »echten Elitewechsel« (Schneider: 24). Das ist der Stoff, aus dem die offenbar den Verläufen in der Ex-DDR entlehnten Wunschträume der Transformationsastrologie gemacht sind...

In einem sehr lesenswerten Aufsatz, der ausgezeichnet durch die Beiträge von *Bernd Knabe* zu politischen Interessengruppen und von *Hans-Henning Schröder* zur Formierung der russischen Wirtschafts- und Gesellschaftseliten ergänzt wird, wendet sich *Gerhard Simon* dem »patriotischen Konsens« als gemeinsamer ideologischer Plattform der »neuen« Oberschicht in Rußland zu. Dieser durch Supermachtanspruch, das Recht auf politisch-ökonomische Einflußsphären im »nahen Ausland«, die Herausbildung eines spezifischen politischen Modells und die Beibehaltung einer starken ökonomischen Rolle des Staates charakterisierte parteiübergreifende »Konsens« stützt nach Simon »die enge Verflechtung und gegenseitige Abhängigkeit von staatlicher Bürokratie und wirtschaftlicher Elite; ... erschwert ... den Kampf gegen die Mafia« (Simon: 30) und ist schließlich mit verantwortlich für politische Stagnationserscheinungen.

In den sich anschließenden Aufsätzen zur politischen Situation in der GUS-Region (Ukraine, Belarus, Kaukasien, Zentralasien und Litauen) wird deutlich, daß faktisch über-

all ähnliche Transformationsprobleme und -muster auftreten. Der Hang zu autoritären Machtstrukturen verstärkt sich; auf allen Ebenen der Macht sind »Rechtsnihilismus und Nichterfüllung der Gesetze« (Timmermann/Ott: 99) anzutreffen; »nationalstaatliche Mythenbildung« (Halbach: 109) verschärft die Probleme bei der Integration von Minderheiten; Korruption und Kriminalität sowie eine schlechte Steuermoral sind allgegenwärtig, und das Ausmaß der Schattenwirtschaft ist beträchtlich. Omnipräsent sind zudem Verarmungstendenzen – sie reichen von extremen 85 Prozent in Tadschikestan bis zu »moderaten« 25 Prozent der Bevölkerung in Litauen, wobei überall eine extreme Polarisierung der Einkommen zu konstatieren ist. Der »klassische« Mittelstand existiert nicht oder ist im Verschwinden begriffen – »die Situation des größten Teils der Gesellschaft (ist) nur als Armut zu bezeichnen« (Tauber: 113). Als ausgesprochen bedrohlich erweist sich darüber hinaus die Auszehrung des akademischen Personals, deren volles Ausmaß erst in den kommenden Jahren zutage treten wird. Es zeichnet sich eine dramatische Bildungskrise ab, die einige Transformationsgesellschaften auf das Niveau von klassischen »Dritte-Welt-Ländern« zurückwerfen könnte.

Nicht weniger unbefriedigend als der bisherige Verlauf des sozioökonomischen Großexperiments »Systemwechsel« vor allem im Bereich der ehemaligen Sowjetunion sind allerdings auch die von den westlichen Experten präsentierten Erklärungsmuster, die vom vermuteten Mangel »an Kompetenz und Willen« (Timmermann/Ott: 95) bis zur bemerkenswerten Einsicht reichen, daß sich die meisten Länder nicht mit der Elle westlicher Demokratievorstellungen messen lassen (vgl. Halbach: 107).

Wer nun glaubt, daß die Transformationsgesellschaften in unmittelbarer Nähe des EU-Raumes aufgrund ihrer beeindruckenden Erfolge bei der demokratischen Umgestaltung vor westlicher Besserwisseri und antikommunistischen Abrechnungs- wie Bekehrungseifer gefeit seien, der wird in den Beiträgen zu Polen, Tschechien, der Slowakei, Ungarn und Bulgarien eines Besseren belehrt. Was die vermeintlich überall in den Startlöchern kauern »Gegner der Systemtransformation«

(Oschlies: 143) aber tatsächlich verderben oder auch nur anders machen könnten, das wird – vermutlich nicht ganz ohne Absicht – im Dunkel spekulativ geschürter Ängste gelassen.

Einen bedauerlichen Tiefpunkt erreicht die Belehrungshaltung ausgerechnet in dem Beitrag, in dem es um »Wertewandel und Wertekonflikte im Transformationsprozeß« geht. Wenn ein so sensibles Sujet erörtert werden soll, wären vor allem fundierte Aussagen dazu wünschenswert, was Wertewandel eigentlich ist, wodurch er determiniert wird, wie er vor sich geht und schließlich was in Anbetracht alldessen die potentiellen Resultate sein könnten. Geboten wird dem Leser zu dieser Thematik von *Assen Ignatow* jedoch nichts als apodiktische Schwarz-Weiß-Malerei, die darin gipfelt, daß es eine »kuriose offizielle philosophische These« der Sowjet-Ideologie sei, »nicht die großen welthistorischen Individuen, sondern »die Volksmassen« schufen die Geschichte« (Ignatow: 42). Aus solchen und anderen »Kuriositäten« sollte wahrscheinlich besser geschlossen werden, daß es Ignatow selbst ist, der hochgradig »infantilisiert« ist – jedenfalls weit mehr als jene Bürger der ehemaligen Sowjetunion, von denen er dies behauptet (vgl. Ignatow: 43).

Im zweiten Teil des Buches, der sich mit den Transformationen im Bereich der Wirtschaft befaßt, stellt *Hans-Hermann Höhmann* einleitend einige Überlegungen zu »Gemeinsamkeiten und Divergenzen im Prozeß der osteuropäischen Wirtschaftstransformation« vor. Dabei entwickelt er jenes, bereits im Politik-Teil angelegte Grundmuster fort, das auch den gesamten Ökonomie-Abschnitt dominiert. In den Gesellschaften Mittel- und Osteuropa kann es demnach nur eine Entwicklungsdichotomie geben: Entweder konsolidiert sich im europäischen Osten eine »unternehmerische Marktwirtschaft« westlichen Typs, oder es kommt zur Herausbildung »einer monopolistischen und interventionistischen Marktwirtschaft mit korporativistischen Zügen, wenig Wachstumsdynamik, Effizienz und strukturellem Wandel, bescheidener Rolle in der Weltwirtschaft sowie ausgeprägt rentenorientiertem Verhalten der ökonomischen Akteure« (Höhmann: 202); mit anderen Worten: eine typische »Dritte-Welt-Ökonomie«.

Damit diese Transformationsackgasse vermieden wird, bedarf es nach *Franz-Lothar Altmann* unbedingt der Herstellung einer privateigentümlich verfaßten Wirtschaftsordnung, deren Überlegenheit sich zwar forscher behaupten läßt, aber theoretisch kaum konsistent begründet werden kann (vgl. dazu u.a.: Jens Hölscher et al.: Bedingungen ökonomischer Entwicklung in Zentralosteuropa, Bd. 4, Marburg 1996, S. 97ff.). Und überhaupt sollten sich die Transformationsökonomien gefälligst widerstandlos den oft ›bedauerlicherweise‹ wiederholt notwendigen »Aufforderungen und Ermahnungen seitens des IWF« (Altmann: 219) fügen. Wenn derartige ›Big-Bang-Rezepturen‹ dann noch zu Reallohnsenkungen im öffentlichen Dienst (vgl. Hishow: 231) und anderswo führen, löst dies wahre Freude im Kreise neoliberaler Ökonomen aus. Denn Wirtschaft wird nicht nur in der Wirtschaft gemacht, sie ist sich auch selbst genug. Wenn »die maximale Verringerung der Budgetdefizite als unbedingtes Gebot« gesetzt wird, dann kann die Verarmung großer Teile der Bevölkerung natürlich nur als »weitere technische Schwierigkeit« (Hishow: 233) wahrgenommen werden. Und falls die genauso radikal liberalisierten wie monetär stabilisierten Wirtschaften dann hartnäckige Tendenzen zur Ausdehnung der Schattenwirtschaft und zur Stagnation zeigen, sollten die Reformer auf gar keinen Fall in »strukturpolitischen Aktionismus« verfallen, sondern sich einer »soliden Transformationspolitik« (Lagemann: 255) zuwenden, die natürlich nur in einem Modell nachholender Entwicklung gipfeln kann. Aber selbst wenn die Zumutungen der empfohlenen Modelle, die sämtlich auf neoklassischen Ansätzen – also auf wirtschaftlicher Liberalisierung in Verbindung mit einer Reduzierung der Staatsausgaben (vgl. Lavigne: 302) – beruhen, von der Bevölkerung hingenommen werden, sieht ein »jahrzehntelanger Aufholprozeß« (Lagemann: 244) ins Haus, dessen Ausgang durchaus ungewiß ist.

Der zweifellos auch theoretisch gehaltvollste Beitrag dieses Buch-Teils stammt aus der Feder von *Carsten Herrmann-Pillath*, der sich mit der Frage nach den bisherigen Defiziten und zukünftigen Aufgaben einer ökonomischen Transformationstheorie befaßt. Seinen argumentativen Ausgangspunkt bildet die Pa-

radoxie der Transformationsforschung, daß sie erst zu einem Zeitpunkt in das Wissenschaftsleben getreten ist, als ihre möglichen Ergebnisse als Handlungsanweisung für konkrete Reformstrategien bereits dringend benötigt wurden. Von daher rührt dann auch die fast zwangsläufige Dominanz neoliberaler Ansätze, die nicht nur universelle Geltung beanspruchen, sondern in der »Dritten Welt« (in Form von Strukturanpassungsprogrammen) ohnehin gerade ›en vogue‹ waren. So manifestiert sich in der Dominanz neoliberaler Konzepte vor allem die »Pfadabhängigkeit der Forschung über Transformation« (Herrmann-Pillath: 204). Unterdessen hat der Transformationsverlauf jedoch die ursprünglich vorherrschende Frage nach dem Weg zur Marktwirtschaft obsolet gemacht. Das entscheidene Problem besteht heute vielmehr darin zu erkennen, zu »welcher Marktwirtschaft« die mittel- und osteuropäische Transformation führt. Es geht nach Herrmann-Pillath darum, neben der Anerkennung der bisher unterschätzten Rolle des Staates zu ergründen, »welche institutionellen Arrangements sich langfristig etablieren werden und welche Determinanten wirksam sind« (Herrmann-Pillath: 212). Dazu bedürfte es vor allem der Analyse jener kulturellen Faktoren, gesellschaftlichen Strukturen und politischen Prozessen, die »außerhalb der Kontrolle der Transformationspolitik« (Herrmann-Pillath: 213) wirksam sind.

Der dritte Teil des Buches zu den internationalen Beziehungen, befaßt sich überwiegend mit Rußland, seinen Problemen mit der beabsichtigten NATO-Osterweiterung, seinen Beziehungen zur GUS, zu Indien und China sowie zur islamischen Welt. Die Substanz der meisten Beiträge bildet eine doch recht fade Einheitssauce aus westlicher Selbstgefälligkeit, außenpolitischer Chronologie und mehr oder weniger gewagten Spekulationen auf die zukünftigen »Staateninteressen« in Europa. Positiv aus diesem Rahmen fällt lediglich der Aufsatz von *Manfred Sapper*, der nachdrücklich dafür plädiert, nicht nur die regionalspezifischen Ursachen von Konflikten in der Transformation Osteuropas, sondern auch ihre historisch und kulturspezifische Austragungsformen stärker in Rechnung zu stellen (Sapper: 326).

Insgesamt ist es den 29 Autorinnen und Autoren in 32 meist prägnanten Artikeln gelungen, eine sehr informative – mitunter allerdings auffällig Rußland-lastige – Gesamtschau der mittel- und osteuropäischen Transformationsverläufe zu präsentieren. Wie bei derartigen Sammelbänden unvermeidlich, unterscheiden sich die einzelnen Beiträge nicht nur hinsichtlich der Herangehensweisen und Argumentationslinien, sie transportieren auch immer subjektive Positionen der Autorinnen und Autoren – wie Rezensionen übrigens auch.

ARNDT HOPFMANN

Valentin Falin: Konflikte im Kreml.
Zur Vorgeschichte der deutschen Einheit und Auflösung der Sowjetunion.
Aus dem Russischen
von Helmut Ettinger,
Karl Blessing Verlag GmbH.
München 1997, 318 S. (42,80 DM)

Wenn einstige politische Macher zu viel Zeit haben, über sich und die Welt nachzudenken, dann erinnern sie sich verbittert an verpaßte Chancen und an diejenigen, die eigene Absichten durchkreuzten, damit vielleicht verantwortlich für das eigene Scheitern waren. Verbitterung ist ein schlechter Ratgeber, das belegen leider auch die jüngsten Memoiren Valentin Falins. Das Haupt der Moskauer »Germanisten«, jener Spezialisten im Moskauer ZK-Apparat und im Außenministerium, die sich besonders gründlich mit der deutschen Materie auseinandersetzten, hat eine über dreißigjährige Karriere in der sowjetischen Außenpolitik hinter sich. Als Verhandlungspartner Egon Bahrs trägt der Moskauer Vertrag von 1970 seine Handschrift; ebenso wie das Vier-Mächte-Abkommen. Acht Jahre war er Botschafter in Bonn, von einer Zwischenstation als Direktor der Nachrichtenagentur APN verschlug es ihn 1988-91 auf der Posten des Leiters der Internationalen Abteilung des ZK der KPdSU. Zuletzt war er auch ZK-Sekretär, bis der »Putsch« gegen Gorbatschow ihn aus der Politik drängte. Heute bessert er mit Schreiben¹ seinen Lebensunterhalt im deutschen Ruhestand auf.

Seine Haltung zum letzten Jahrzehnt der Sowjetunion ist widersprüchlich. Kritisch und eigenwillig wie er war und ist, hatte er schon früh keinen Zweifel, daß die sowjetische Politik aus den festgefahrenen Bahnen ausbrechen müsse. Seine außenpolitischen Bemühungen zum Aufbrechen der Konfrontation mit der Bundesrepublik belegen das ebenso wie sein klares Bekenntnis zur Abkehr vom stalinistisch geprägten Sozialismus. Das wird auch in seinen angeführten Denkschriften zur Perestroika deutlich.

Sein heutiges Fazit dieser Jahre in der Sowjetunion ist denn aber doch vernichtend. »Welches Ziel die Initiatoren der Perestroika auch immer vor Augen gehabt haben mögen, das Ergebnis liegt auf der Hand: Das dritte Rom ist nicht mehr. Weder jenes, dem man ein menschliches Antlitz zu verleihen versprach, noch irgendein anderes. Man wollte dem Stier die Hörner geradebiegen und hat ihm dabei den Hals umgedreht – könnte ein Japaner dazu sarkastisch anmerken.« (S. 9)

Neben dieser streitbaren Position zur realisierten Perestroika, nicht zu ihrer Notwendigkeit, ist das zentrale Thema Falins eine vernichtende Kritik Gorbatschows als Generalsekretär des KPdSU und Staatsoberhaupt. Vor allem ihn persönlich macht er für das Scheitern der Perestroika und den Untergang des sozialistischen Blocks, vor allem aber der Sowjetunion verantwortlich.

Seine Positionen sucht Falin mit einem umfangreichen Anhang zu untermauern, in dem er vor allem an Gorbatschow gerichtete Memoranden und Thesenpapiere aus den Jahren 1986 bis 1990 abdruckt, die sich in seinem Besitz befinden. Dabei posiert er in der Rolle eines »Ketters«, der zumindest in den Memoranden von 1986 bis 1988 auch von einer Anklageschrift bedroht und als »eine sowjetische Version des Falles Rudolf Bahro« hätte enden können. (S. 53)

Nun, aus dem einstigen »Ketter« mit zu vielen Reformideen ist unter dem Eindruck der gescheiterten Perestroika und mit der Erfahrung des aus seiner Sicht selbstsüchtigen Perestroika-Erfinders ein zorniger und machtloser Kritiker geworden, der im nachhinein seine vermeintlich besseren Ideen vertritt. Dabei fällt seine Kritik an Gorbatschow, so interessant im Detail und so entlarvend für

den Moskauer Charismatiker ohne Fortune, doch ungerecht aus. Denn die von Falin vehement vorgebrachte Kritik an der Person Gorbatschow ist eigentlich eine an der Dauerwirkung des administrativ-zentralistischen Sozialismus. »Von unten bis oben war alles auf den ›Ersten‹ zugeschnitten und hingebogen, der auf einem Thron oder gleich mehreren Thronen saß. Unsere(n) Götter(n) ... genügte es nicht, Statthalter der Vorsehung zu spielen. Häufig kaum in der Lage, in einer Vielzahl von Tatsachen einen elementaren Sinn zu erkennen, beanspruchten sie, alles zu wissen, alles zu verstehen und alles vorauszu- sehen.« (S. 11) Genau das konnte und wollte Gorbatschow eben nicht brechen. Er begriff sich als Führer, der nach gut russischer Manier eine »Revolution von oben« einleiten wollte. Gleichzeitig blieb er trotz allem demokratischen Wortgeprassel genau dieser Denk- und Machtstruktur des aufgeklärten Zarentums verhaftet.

Insofern relativiert sich Falins Kritik angesichts der historischen Gegebenheiten, den Rahmenbedingungen und den selbstgesetzten Zielsetzungen der Perestroika-Mannschaft. Deren einzelne Mitstreiter hatten sehr unterschiedliche Positionen, die sich gleichzeitig auch noch wandelten. Daß Gorbatschow nicht besser war und in seiner selbstgewählten und historisch überreifen Rolle als aufgeklärter Zar versagte, weil er mehr Ideen als Lösungen, mehr Fragen als Antworten hatte, ist sein und der Sowjetunion Dilemma.

Erstens brauchte Gorbatschow zunächst die Partei als Motor der Perestroika. Aber ebenso war klar, daß seine Zielvorstellungen einer Demokratisierung nur greifen konnten, wenn die Partei sich selbst aufhob – oder zerschlagen wurde. Insofern sind Vorwürfe Falins, daß Gorbatschow die KPdSU bewußt zu spalten suchte, im gewählten Perestroika-Konzept nicht stimmig.

Zweitens waren Gorbatschow und seine Mitstreiter getrieben durch den desolaten Zustand der Sowjetunion, den auch Falin nicht bestreitet. Gorbatschows war sicher – wie den meisten – eher klar, wogegen man war, nicht wofür sie sein wollten und konnten. Das Fehlen durchdachter und durchgerechneter Konzepte, das stärkere Ankündigen als das Durchziehen von Reformen ließ den Reform-

Prozeß immer wieder ins Stocken geraten. Jeder Zwischenfall zwang zu neuen, immer wirkungsloseren Kurswechseln. Letztlich wurde so aus der Attacke ein Rückzugseffekt, in dem Gorbatschow – im Unterschied zu Falin – aber immer noch Fortschritt, weil Annäherung an Demokratie und Marktwirtschaft sah.

Drittens bemängelt in diesem Kontext Falin zu Recht Gorbatschows Inkonsequenz. Er macht das fest an der fehlenden juristischen Absicherung der Wirtschaftsreform. Aufschlußreich sind die Darlegungen zu Gorbatschows Furcht, durch das Offenlegen der Wahrheit über Katyn oder über die Geheimabkommen zwischen Hitler und Stalin international und in bezug auf die baltischen Republiken die Perestroika zu schwächen, was im Resultat dieser Verzögerungstaktik letztlich in viel stärkerem Maße bewirkt wurde.

Viertens ist die kritisch Betrachtung von Gorbatschows Versuch, über eine autoritäre Präsidialverfassung den Wandlungsprozeß noch in den Griff zu bekommen und dabei die eigene Losung »Alle Macht den Sowjets« zu unterlaufen, zweifellos berechtigt. Das hat aber *fünftens* mit dessen Verfangenseins – wie des gesamten realsozialistischen Denkens und Handelns – in den Strukturen des Primats der Politik zu tun. Die Macht ist das allererste, das stand nicht nur in den Stalinschen Lehrbücher, das war auch den Reformern unverzichtbar.

Die Informationen, die Falin zum deutschen Einigungsprozeß gibt, sind nicht neu. Er polemisiert gegen Gorbatschow und Schevardnadse angesichts ihres – wie er meint – Versagens in der deutschen Frage, der Preisgabe der DDR sowie des Einräumens einer gesamtdeutschen NATO-Mitgliedschaft ohne eine auch nur annähernd adäquate Gegengabe der westlichen Seite. Dabei fällt auf, daß Falin selbst durchaus einer der sowjetischen Politiker war, die sehr früh erkannten, daß die deutsche Frage keineswegs aus der Welt sei, sondern akut gäbe. Insofern war er Wegbereiter für eine veränderte Sicht der sowjetischen Führung auf dieses Problem. Aber zugleich ist er verärgert darüber, daß er 1989/90 mit seiner vorsichtigeren, auf einen Interessenausgleich der Sowjetunion mit der Bundesrepublik gerichteten Politik nicht durchdringen konnte.

Der für Bonn preisgünstige Anschluß der DDR und nicht die deutsche Einheit ist sein Problem. Er glaubt, daß die Sowjetunion tatsächlich Alternativen gehabt hätte, wenn Gorbatschow auf ihn gehört hätte.

Augenscheinlich kann er immer noch nicht verwinden, daß Gorbatschow im Zuge seiner Parteiverdrossenheit das Entscheidungszentrum weg vom ZK-Apparat in seinen Beraterkreis und auf den eigene Tisch – sicher wieder nicht sehr demokratisch – verlagerte. Falin hatte hier keinen Platz, was angesichts seiner Warnungen vor der Zustimmung Moskaus zum Anschluß nach Art. 23 GG und zur möglichen Neutralisierung Gesamtdeutschlands bedauerlich sein mag.

Gorbatschow hatte aber stärker als alle anderen – auch Falin – begriffen, vermutlich ohne es sich bis ins letzte einzugestehen, daß die Sowjetunion nicht mehr die Supermacht war, die ihre Interessen mit allen Mitteln durchsetzen konnte. Unter dieser Lesart wird sowohl das rasche Zurückweichen in der DDR- und deutschen Einheitsfrage verständlich wie auch die scheinbar leichtfertigen, oft einseitigen Abrüstungsaktivitäten. Man kann Gorbatschow sicherlich ein zu hohes Rückzugstempo vorwerfen, das die eigenen Verhandlungspositionen schwächte. Aber gab es wirklich so viele Alternativen, wie Falin und manch andere heute glauben machen wollen? Natürlich steckte Gorbatschow in einem Dilemma, nicht nur in seinen Verhandlungen mit Bush. Falin fragt rhetorisch: »Was mag den führenden Mann der Sowjetunion stärker beeindruckt haben – das Zuckerbrot (das Versprechen, für die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion ›in allen Bereichen grünes Licht zu geben‹) oder die Peitsche (die Drohung, die Lage in Europa auch gegen die Sowjetunion von Grund auf zu verändern, da ›niemand imstande sei, den Vereinigungsprozeß zu bremsen‹)?« (S. 182)

Falins politische Weisheit zum Handeln politischer Führer ist zweifellos zutreffend: »Wenn ein Staatsmann eine Kettenreaktion in Gang setzt, dann muß er – wenn es nicht seine Absicht ist, mitten im Fluß die Pferde zu wechseln – die nachfolgenden Züge in allen nur denkbaren Varianten bis ins letzte durchrechnen und dafür sorgen, daß für jeden einzelnen rechtzeitig der Boden bereitet und

das Hinterland abgesichert ist.« (S. 35) Gott, so es ihn denn gäbe, wäre dieser Aufgabe gewachsen. Alle anderen müssen kleinere Kuchen backen. Gorbatschow war allerdings auch hier ein schlechter Bäcker.

1 Siehe Falin, Valentin: Politische Erinnerungen. München 1993

STEFAN BOLLINGER